

Substanzielles Protokoll 184. Sitzung des Gemeinderats von Zürich

Mittwoch, 28. August 2013, 17.00 Uhr bis 19.40 Uhr, im Rathaus

Vorsitz: Präsident Martin Abele (Grüne)

Beschlussprotokoll: Sekretärin Christina Hug (Grüne)

Substanzielles Protokoll: Iris Kupecky

Anwesend: 122 Mitglieder

Abwesend: Sven Oliver Dogwiler (SVP), Bernhard Piller (Grüne), Marcel Savarioud (SP)

Der Rat behandelt aus der vom Präsidenten erlassenen, separat gedruckten Tagliste folgende Geschäfte:

- | | | | |
|----|--------------------------|--|-----|
| 1. | | Mitteilungen | |
| 2. | 2013/256 | Beschlussantrag von Aleks Recher (AL) und Severin Pflüger (FDP) vom 03.07.2013:
Redaktionskommission, Führung eines substanziellen Protokolls sowie Akteneinsicht für alle Ratsmitglieder | |
| 3. | 2013/94 | Weisung vom 20.03.2013:
Postulat von Peider Filli (Grüne), betreffend Fachstelle für Schwule und Lesben, Bericht und Abschreibung | STP |
| 4. | 2013/116 | Weisung vom 03.04.2013:
Beiträge der Stadt Zürich an den Verein Metropolitanraum Zürich für die Jahre 2013–2018 | STP |
| 5. | 2013/145 | Weisung vom 17.04.2013:
Verein Fanarbeit Zürich, Beitrag 1. Juli 2013 bis 31. Dezember 2016 | VS |
| 6. | 2013/146 | Weisung vom 17.04.2013:
Stiftung Berufslehrverbund Zürich BVZ, Beiträge 1. August 2013 bis 31. Dezember 2014 | VS |
| 8. | 2012/248 | A Postulat von Tamara Lauber (FDP) und Roger Tognella (FDP) vom 13.06.2012:
Zugeteilte Asylsuchende der Stadt Zürich, Ausrichtung von Nothilfe statt Sozialhilfe | VS |
| 9. | 2013/40 | E/A Postulat von Marcel Schönbächler (CVP) vom 06.02.2013:
Bundesverfahrenszentrum für Asylsuchende, Bericht nach Abschluss der Testphase | VS |

- | | | | | |
|-----|--------------------------|-----|---|----|
| 10. | 2013/41 | A | Postulat von Marcel Schönbächler (CVP) vom 06.02.2013:
Bundesverfahrenszentrum für Asylsuchende, Beschränkung des Betriebs auf maximal zehn Jahre | VS |
| 11. | 2013/120 | E/A | Postulat von Rebekka Wyler (SP) und Thomas Wyss (Grüne) vom 03.04.2013:
Förderung von Teilzeitlehrstellen für Jugendliche und junge Erwachsene mit Betreuungspflichten | VS |
| 12. | 2013/136 | A | Postulat von Ursula Uttinger (FDP) und Irene Bernhard (GLP) vom 10.04.2013:
Prüfung der Erwerbsnachweise für subventionierte Krippenplätze durch die Verwaltung statt durch die Krippenleitungen | VS |

Mitteilungen

Die Mitteilungen des Ratspräsidenten werden zur Kenntnis genommen.

Geschäfte

4195. **2013/256**
Beschlussantrag von Alecs Recher (AL) und Severin Pflüger (FDP) vom 03.07.2013:
Redaktionskommission, Führung eines substanziellen Protokolls sowie Akteneinsicht für alle Ratsmitglieder

Alecs Recher (AL) begründet den Beschlussantrag (vergleiche Protokoll-Nr. 4109/2013): Die Redaktionskommission führt bisher kein substanzielles Protokoll und das Protokoll ist als solches auch nicht einsehbar. Dies ist kein Problem, solange die Kommission lediglich grammatikalische Änderungen vornimmt. Allerdings kann es problematisch werden, sobald ganze Wörter geändert oder Sätze umgestellt werden. Es ist mühsam, für diejenigen Mitglieder des Gemeinderats, die keinen Zugang zu den Redaktionsprotokollen besitzen, da sie sich auf die Redaktionssitzungen nicht vorbereiten können. Gewisse Änderungen sind nicht selbsterklärend. Sobald an einem Text nach der ersten Lesung im Rat sprachliche Änderungen vorgenommen werden, ist man darauf angewiesen, dass die Änderungen auch erklärt werden.

Weitere Wortmeldungen:

Gian von Planta (GLP): Die GLP ist der Ansicht, dass das bestehende System sehr gut funktioniert. Das einzige Problem ist, dass nicht alle Ratsmitglieder an den Sitzungen teilnehmen können und es deshalb zu unnötigen Diskussionen im Rat kommen kann. Deshalb möchten wir, dass das Protokoll allen zugänglich sein soll, sind jedoch der Ansicht, dass ein substanzielles Protokoll nicht nötig ist. Sofern eine juristische Interpretation eines Gesetzestextes notwendig ist, ist nicht die Einschätzung der Redaktionskommission relevant, sondern die Debatte im Rat. Deshalb haben wir einen Textänderungsantrag.

Mark Richli (SP): Manchmal wäre es sinnvoll, die Diskussionen innerhalb der Redaktionskommission nachvollziehbar zu machen. Die Redaktionskommission entscheidet in der Regel nicht mit Mehr- und Minderheitsanträgen, auch wenn es teils zu Diskussionen kommt. Teilweise muss die Redaktionskommission an den Texten Änderungen vornehmen, die über Rechtschreibungs- und Grammatikkorrekturen hinausgehen. Dabei handelt es sich teils um materielle Änderungen, die in einem substanziellen Protokoll nachvollziehbar gemacht werden sollten. Selbstverständlich sollen auch diejenigen Ratsmitglieder ohne Fraktion Zugang zu den Protokollen erhalten. Dazu muss ein zusätzliches Kommissionssekretariat geschaffen werden, allerdings wird das Arbeitspensum sehr schwer vorauszusehen sein.

Mauro Tuena (SVP): Es ist wichtig, dass es Protokolle gibt, in denen nachvollzogen werden kann, wie bestimmte Entscheide zustande kamen. Teils werden durch die Redaktionskommission nicht nur redaktionelle, sondern auch inhaltliche Änderungen durchgeführt. Um diese nachvollziehen zu können, braucht es ein substanzielles Protokoll.

Severin Pflüger (FDP): Wir nehmen den Textänderungsantrag nicht an. Aus dem bisherigen Protokoll geht lediglich hervor, wer an den Sitzungen anwesend ist und wer nicht. Ein substanzielles Protokoll ist auch aus juristischer Sicht von Bedeutung. Die Redaktionskommission greift in Fällen, in denen ein Text entweder sprachlich nicht korrekt ist oder wenn sie der Ansicht ist, dass der Text sprachlich nicht dem Sprachregister des Gemeinderats entspricht. Die Audioprotokolle und übrigen Materialien fassen jedoch auf dem alten Text und beziehen die Änderungen nicht mit ein. Die Redaktionskommission ist immer sehr bemüht darauf hinzuweisen, dass die durchgeführten Änderungen keine inhaltlichen Abweichungen bedeuten. Manchmal ist dies umstritten. In diesen Fällen ist ein substanzielles Protokoll zur Überprüfung sinnvoll. Es ist wichtig, dass Änderungen nachvollzogen werden können.

Dr. Martin Mächler (EVP): Die Begründung der Postulate sind für uns sehr schlüssig. In manchen Fällen sind substanzielle Protokolle zu den Sitzungen der Redaktionskommission nötig. In Fällen, in denen die Redaktionskommission lediglich die Rechtschreibung und grafische Gestaltung korrigierte, kann das substanzielle Protokoll auch sehr kurz ausfallen.

Irene Bernhard (GLP): Über die Grundstossrichtung sind wir uns einig. Das bisherige Protokoll der Redaktionskommission entspricht bereits der Vorstellung von Martin Mächler. Ein substanzielles Protokoll ist teuer. Alle Ratsmitglieder sollen Zugang zum Protokoll erhalten, der Protokollführer kann aufgefordert werden, etwas ausführlicher zu protokollieren. Ein substanzielles Protokoll schiesst über das Ziel hinaus.

Der Rat stimmt dem Beschlussantrag mit 107 gegen 12 Stimmen zu.

Weiterbehandlung durch das Büro im Sinne von Art. 99 Abs. 3 GeschO GR

Damit ist beschlossen:

Dem Gemeinderat wird beantragt, dass in der Redaktionskommission ein substanzielles Protokoll geführt wird, welches allen Ratsmitgliedern zugänglich gemacht wird.

Mitteilung an das Büro des Gemeinderats und den Stadtrat

4196. 2013/94

Weisung vom 20.03.2013:

Postulat von Peider Filli, betreffend Fachstelle für Schwule und Lesben, Bericht und Abschreibung

Antrag des Stadtrats

1. Vom Bericht betreffend Postulat von Peider Filli «Fachstelle für Schwule und Lesben, Realisierung» und dem Beschluss über die Mandatserweiterung der Fachstelle für Gleichstellung wird Kenntnis genommen.
2. Das Postulat, GR Nr. 2012/19, von Peider Filli (AZ), vertreten von Martin Abele (Grüne), vom 18. Januar 2012 betreffend «Fachstelle für Schwule und Lesben, Realisierung» wird als erledigt abgeschrieben.

Referent zur Vorstellung der Weisung / Kommissionsmehrheit:

Mark Richli (SP): *Es soll geprüft werden, wie der Aufgabenbereich der Fachstelle für Gleichstellung auf Themen zur sexuellen Orientierung und Geschlechtsidentität ausgeweitet werden kann. Der Stadtrat wurde aufgefordert, zu überprüfen, wie das Human Resources Management ein Active Diversity Management einführen kann, um die soziale Vielfalt konstruktiv zu nutzen. Der Stadtrat hat diese Forderungen umgesetzt. Er beauftragte die Fachstelle für Gleichstellung mit diversen Vereinen und Non-gouvernemental Organisationen, die in diesem Bereich tätig sind, Gespräche zu führen. Die zentralen Fragen betrafen die Aktivitäten dieser Organisationen in Zürich, die Vernetzung zwischen den Organisationen und Vereinen mit der Stadtverwaltung, die Schwierigkeiten im Umgang mit der Stadtverwaltung sowie die Anliegen der Organisationen an die Stadtverwaltung. Es wurde ein Bericht mit den Antworten auf die Fragen erstellt. Die Tätigkeitsbereiche der Organisationen sind hauptsächlich im Bereich der Beratung, Öffentlichkeits- und Aufklärungsarbeit, Engagement in Schulen oder in der Ausbildung sowie der politischen Lobbyarbeit. Die Organisationen funktionieren grösstenteils ehrenamtlich und finanzieren sich über Spenden. Es besteht der Wunsch, dass der Austausch und die Zusammenarbeit mit der Stadtverwaltung verstärkt wird. Auf städtischer Ebene besteht aus Sicht der Organisationen vor allem in folgenden Bereichen Handlungsbedarf: Vergrösserung des Fachwissens und Sensibilisierung in der Stadtverwaltung, Unterstützung in Fällen von Diskriminierung oder bei Arbeitsplatzkonflikten sowie vermehrte Öffentlichkeitsarbeit. Die Fachstelle empfiehlt dem Stadtrat, die Auftragsergänzung der Fachstelle zu erweitern. Die Fachstelle soll bei der Vorbereitung von Geschäften konsultiert werden und die Möglichkeit zur Mitarbeit erhalten. Ebenfalls soll die Fachstelle bei personellen und zahlungsrechtlichen Massnahmen einbezogen werden, sofern sie die sexuelle Orientierung und Geschlechtsidentität betreffen. Ferner soll Fachwissen im Umgang mit den Themen aufgebaut werden, es soll eine Ombudsfunktion für in diesem Zusammenhang diskriminierte Mitarbeiter geschaffen werden. Es soll ein Austausch mit in diesem Bereich tätigen Organisationen gefördert werden. Abschliessend sollen die Bewohnerinnen und Bewohner der Stadt Zürich sensibilisiert werden. Des Weiteren soll das Sozialdepartement die finanzielle Unterstützung der in diesem Bereich tätigen Organisationen klären. Der Stadtrat ging auf diese Wünsche ein, die Auftragsergänzung wurde im Rahmen der bestehenden finanziellen und personellen Ressourcen durchgeführt. Die Einführung eines Diversity Managements wird überprüft.*

Kommissionsminderheit:

Ruth Anhorn (SVP): *Ursprünglich wurde die spezielle Einführung einer Fachstelle für Schwule und Lesben in einer Motion verlangt. Die bestehenden Organisationen sind bereits sehr gut untereinander vernetzt. Es wurde eine Möglichkeit gefunden, die Aufga-*

be mit den bestehenden finanziellen und personellen Ressourcen zu bewältigen. In der Fraktion entstand die Befürchtung, dass künftig eine spezielle Fachstelle für diese Fragen aufgebaut werden soll. Wir haben Bedenken, dass die Thematik auch in den Schulklassen zur Sprache kommen soll. Ich habe Verständnis für Menschen, die in ihrer sexuellen Orientierung und Identität von der Mehrheit abweichen und dadurch Schwierigkeiten bekommen können. Eine Mehrheit der Fraktion kam zum Schluss, dass die Thematik viel zu stark aufgebauscht wird.

Weitere Wortmeldungen:

Peider Filli (Grüne): Die Regenbogengemeinschaft schaut derzeit voller Entsetzen nach Russland. Das olympische Komitee schaut weg. Ich finde es empörend, dass namhafte Marken die olympischen Spiele in Russland unterstützen. Humanitäre Errungenschaften können sehr schnell niedergedrückt werden. Es ist wichtig, dass Zürich jetzt einen Wächter hat.

Simone Brander (SP): Das Postulat beinhaltet zwei Forderungen. Einerseits soll das Mandat der Fachstelle für Gleichstellung ausgeweitet werden. Ich bin beeindruckt über die Leistung der Fachstelle. Andererseits gibt es die Forderung nach einem Diversity Management in der Stadt. Diesen Punkt betreffend stellt mich der Bericht weniger zufrieden. Mir fehlt in diesem Zusammenhang die aktive Nutzung der vorhandenen Vielfalt in der Stadt Zürich. Dieses Anliegen sollte weiter vorangetrieben werden.

Ruth Ackermann (CVP): Wir finden es wichtig, dass diese Aufgaben in Angriff genommen werden und sind erfreut, dass keine weiteren finanziellen und personellen Ressourcen nötig sind. Gleichstellung und keine Diskriminierung sollen der Normalfall sein. Die Vereine und Organisationen sollen mit ihren Engagements weitermachen.

Alecs Recher (AL): Der Bedarf ist in diesem Bereich gross. Zu Beginn meines ehrenamtlichen Engagements wussten wir kaum etwas über die Situation von transsexuellen Menschen in der Schweiz. Im ersten Halbjahr 2013 habe ich in der Rechtsberatung 50 Fälle betreut. Die Fallzahlen steigen. An uns wenden sich nicht nur transsexuelle Menschen, sondern auch Angehörige und Leute aus Verwaltungen. Auch an Schulen besteht Bedarf an Aufklärungsarbeit. Negative Erfahrungen von transsexuellen Menschen sind meist auf Überforderung und einen Mangel an Wissen beim Umfeld zurückzuführen. Ansprechstellen sind wichtig. Auch innerhalb der Verwaltung sollte es Ansprechpersonen geben, da diese die stadtinternen Abläufe kennen. Es ist richtig, dass die Fachstelle für Gleichstellung dieses Mandat inne hat.

Isabel Garcia (GLP): Es gelang dem Stadtrat, eine ausführliche Analyse vorzulegen und den Bedarf eines solchen Angebotes darzulegen. Der Vorschlag ist ausgewogen. Wir freuen uns, dass Zürich eine Pionierrolle einnimmt.

Namens des Stadtrats nimmt die Stadtpräsidentin Stellung.

STP Corine Mauch: Wir wollen bestehende Angebote ergänzen und koordinieren. Die Zusammenarbeit soll im Rahmen bestehender personeller Ressourcen verstärkt werden. Die Nutzung der Vielfalt als Chance ist ein wichtiges Handlungsfeld in der Strategie der Human Resources. Diese Strategie wird derzeit erarbeitet und es sollen Massnahmen definiert werden.

Änderungsantrag zu Dispositivziffer 1

Die Mehrheit der SK PRD/SSD beantragt Ablehnung des nachfolgenden Änderungsantrags.

Die Minderheit der SK PRD/SSD beantragt folgende Änderung der Dispositivziffer 1:

1. Vom Bericht betreffend Postulat von Peider Filli «Fachstelle für Schwule und Lesben, Realisierung» und dem Beschluss über die Mandatserweiterung der Fachstelle für Gleichstellung wird ablehnend Kenntnis genommen.

Mehrheit: Präsident Mark Richli (SP), Referent; Vizepräsidentin Christina Hug (Grüne), Ruth Ackermann (CVP), Marianne Dubs Früh (SP), Isabel Garcia (GLP), Christian Huser (FDP), Elisabeth Makwana-Boss (SP), Karin Meier-Bohrer (Grüne) i. V. von Fabienne Vocat (Grüne), Claudia Simon (FDP), Dr. Jean-Daniel Strub (SP)

Minderheit: Ruth Anhorn (SVP), Referentin; Margrit Haller (SVP), Dr. Thomas Monn (SVP)

Der Rat stimmt dem Antrag der Mehrheit mit 83 gegen 34 Stimmen zu.

Schlussabstimmung über die Dispositivziffer 1

Die Mehrheit der SK PRD/SSD beantragt Zustimmung zur Dispositivziffer 1.

Die Minderheit der SK PRD/SSD beantragt Ablehnung der Dispositivziffer 1.

Mehrheit: Präsident Mark Richli (SP), Referent; Vizepräsidentin Christina Hug (Grüne), Ruth Ackermann (CVP), Marianne Dubs Früh (SP), Isabel Garcia (GLP), Christian Huser (FDP), Elisabeth Makwana-Boss (SP), Karin Meier-Bohrer (Grüne) i. V. von Fabienne Vocat (Grüne), Claudia Simon (FDP), Dr. Jean-Daniel Strub (SP)

Minderheit: Ruth Anhorn (SVP), Referentin; Margrit Haller (SVP), Dr. Thomas Monn (SVP)

Der Rat stimmt dem Antrag der Mehrheit mit 92 gegen 25 Stimmen zu.

Schlussabstimmung über die Dispositivziffer 2

Die SK PRD/SSD beantragt Zustimmung zur Dispositivziffer 2.

Zustimmung: Präsident Mark Richli (SP), Referent; Vizepräsidentin Christina Hug (Grüne), Ruth Ackermann (CVP), Ruth Anhorn (SVP), Marianne Dubs Früh (SP), Isabel Garcia (GLP), Margrit Haller (SVP), Christian Huser (FDP), Elisabeth Makwana-Boss (SP), Karin Meier-Bohrer (Grüne) i. V. von Fabienne Vocat (Grüne), Dr. Thomas Monn (SVP), Claudia Simon (FDP), Dr. Jean-Daniel Strub (SP)

Der Rat stimmt dem Antrag der SK PRD/SSD mit 118 gegen 0 Stimmen zu.

Damit ist in Übereinstimmung mit dem Stadtrat beschlossen:

1. Vom Bericht betreffend Postulat von Peider Filli «Fachstelle für Schwule und Lesben, Realisierung» und dem Beschluss über die Mandatserweiterung der Fachstelle für Gleichstellung wird Kenntnis genommen.
2. Das Postulat, GR Nr. 2012/19, von Peider Filli (AZ), vertreten von Martin Abele (Grüne), vom 18. Januar 2012 betreffend «Fachstelle für Schwule und Lesben, Realisierung» wird als erledigt abgeschrieben.

Mitteilung an den Stadtrat und amtliche Publikation am 4. September 2013

4197. 2013/116

Weisung vom 03.04.2013:

Beiträge der Stadt Zürich an den Verein Metropolitanraum Zürich für die Jahre 2013–2018

Ausstand: Markus Kunz (Grüne)

Antrag des Stadtrats

1. Für den jährlichen Mitgliederbeitrag für die Jahre 2013–2018 an den Verein Metropolitanraum Zürich wird ein Kredit von jährlich maximal Fr. 50 000.– bewilligt.
2. Als Beitrag an das Aktionsprogramm des Vereins für einzelne Projekte wird ein Kredit von jährlich maximal Fr. 50 000.– bewilligt.
3. Unter Ausschluss des Referendums:
Das Budget 2013 wird wie folgt ergänzt:
 - a. Für den Mitgliederbeitrag 2013 wird der Budgetkredit auf Konto (1505) 3197 000, Mitgliederbeiträge, von Fr. 75 000.– um Fr. 40 000.– auf Fr. 115 000.– erhöht.
 - b. Für den Projektbeitrag 2013 der Dienstabteilung Stadtentwicklung wird der Budgetkredit auf Konto (1505) 3180 000, Entschädigungen für Dienstleistungen Dritter, von Fr. 1 604 000.– um Fr. 20 000.– auf Fr. 1 624 000.– erhöht.

Referent zur Vorstellung der Weisung / Kommissionsmehrheit:

Dr. Jean-Daniel Strub (SP): *Der Betrag für den Verein Metropolitanraum Zürich soll für die Jahre 2013 bis 2018 gesprochen werden. Bisher beteiligte sich die Stadt im Rahmen einer Pilotphase, der Betrag wurde jeweils während der Budgetdebatte diskutiert. Der Mitgliederbetrag beläuft sich auf 40 000 Franken, der Beitrag an Projektkosten beträgt 20 000 Franken. In der Weisung wird beantragt, je 50 000 Franken zu sprechen, um im Sinne eines Maximalbetrags über Schwankungsreserven für die nächsten fünf Jahre zu verfügen. Die Aufgabe des Vereins Metropolitanraum Zürich ist die Förderung der Zusammenarbeit im Grossraum Zürich. Fragen, die für den gesamten Raum von Bedeutung sind, sollen diskutiert werden und es sollen Verbesserungen eingebracht werden können. Die Stadt ist der Auffassung, dass sich das Konzept des Vereins für sie bewährt. In der Kommission wurden sehr viele Fragen gestellt, die wir ausführlich beantwortet bekamen. Ein so grosser Raum wirkt zwangsläufig nivellierend, dennoch bleibt der Nutzen für die Beteiligten bestehen. Die Befürchtung, dass eine Struktur entsteht, die unsere föderale Struktur unterwandert, ist haltlos. Die Entscheide werden immer auf der jeweils zuständigen Ebene gefällt. Die Kommission ist überzeugt, dass die Stadt auch in den folgenden Jahren Nutzen aus dem Verein Metropolitanraum ziehen wird.*

Kommissionsminderheit:

Ruth Anhorn (SVP): *Seit der Gründung des Vereins Metropolitanraum Zürich leistete die Stadt jährliche Beiträge an den Verein. Der Sinn eines solchen Beitrittes ist es, die Agglomerationen der grossen Städte verstärkt zu einer Zusammenarbeit zu bewegen und dafür nötige Strukturen zu schaffen. Die Stadt erhofft sich von ihrer Mitgliedschaft im Verein ein grösseres Gehör in Bern. Zürich ist ein wichtiger Wirtschaftsraum und kann seine Interessen auch ohne Vereinsmitgliedschaft vertreten. Der Verein fordert, diverse Entwicklungen gemeindeübergreifend zu betrachten. In der Schweiz werden Gremien demokratisch gewählt, die diese neuen Herausforderungen anpacken sollen. Gemeinsames Planen und Handeln über die Gemeindegrenzen hinaus sind nötig, dafür*

sind jedoch die gewählten Gremien zuständig. Mit der Mitgliedschaft untergraben wir unsere demokratischen und föderalen Prinzipien. Je grösser der Verein wird, desto schwieriger ist es, einen gemeinsamen Nenner zu finden.

Weitere Wortmeldungen:

Christina Hug (Grüne): Die Stadt ist das Zentrum eines funktionalen Raumes, der nicht an Gemeindegrenzen gebunden ist. Die politischen Einheiten müssen zusammenarbeiten. Solche Gefässe bergen die Gefahr eines Demokratiedefizits, da es im Wesen unseres politischen Systems liegt, dass politische Entscheidungsträger an bestimmte räumliche Grenzen gebunden sind. Der Verein hat keine politischen Entscheidungskompetenzen. Eines der grössten Risiken solcher Metropolitan Governance Projekte ist die fehlende demokratische Legitimation. Uns fehlt das Vertrauen in diese Konferenz. Wir wollen wissen und mitbestimmen können, welche Positionen die städtischen Vertreter in dieser Konferenz vertreten. Wir können der Weisung nur zustimmen, wenn der Gemeinderat verstärkt einbezogen wird.

Claudia Simon (FDP): In der Budgetdebatte hatten wir den Eindruck, dass wir nicht dieselben Ziele vertreten wie die Stadtpräsidentin. Wir hatten den Eindruck, dass beabsichtigt wird, die restliche Schweiz von der Politik Zürichs zu überzeugen. Wir waren hingegen der Ansicht, dass es um eine wichtige Vernetzung in der Metropolitankonferenz geht. Wir finden es richtig, dass sich die Stadt über Grenzen hinweg vernetzt. Wir sind zufrieden mit der politischen Ebene, auf der die Metropolitankonferenz stattfinden soll.

Ruth Ackermann (CVP): Es ist nötig über die Gemeindegrenzen hinweg zu schauen. Auch unsere städtischen Entscheide können Einflüsse auf die Region besitzen und umgekehrt. Wir sollten uns auf einen Dialog mit den Gemeinden und dem Verein einlassen. Wir müssen dabei sein, um Einfluss nehmen zu können.

Isabel Garcia (GLP): Die GLP ist Gremien gegenüber, in denen es um Stadt- und Standortentwicklung geht, kritisch eingestellt. Wir haben die Vor- und Nachteile einer solchen Mitgliedschaft lange diskutiert und gelangten zur Ansicht, dass die Vorteile überwiegen. Der Verein ist sehr schlank und zweckmässig organisiert. Die inhaltlichen und strategischen Aktivitäten werden von den Exekutivmitgliedern festgelegt. Die Stadt profitiert von dieser Art der direkten und gleichberechtigten Zusammenarbeit und kann sich dadurch auch optimal einbringen. Heute sind die Metropolitanräume auf nationaler und internationaler Ebene die Motoren der sozialen, wirtschaftlichen und politischen Entwicklung. In vielen Ländern wurden entsprechende politische Rahmenbedingungen angepasst. Die Städte haben in der Schweiz keinen grösseren Einfluss als die ländlichen Gebiete.

Dr. Jean-Daniel Strub (SP): Die SP stimmte dem Kredit bereits in der Budgetdebatte zu. Wir halten die Zusammenarbeit für wichtig, stehen der Metropolitankonferenz aber nicht unkritisch gegenüber. Die Konferenz hat ein grosses Entwicklungspotential und in gewissen Bereichen auch einen Entwicklungsbedarf. Der Verein Metropolitanraum ist derzeit das Beste, das wir derzeit im Hinblick auf überregionale Entwicklung besitzen. Der Stadt gelingt es auch dank der Mitarbeit in der Metropolitankonferenz, ihre Anliegen einzubringen, ohne die korrekten demokratischen Entscheidungsmechanismen zu unterlaufen. Für uns besteht im Bereich der Einbeziehung der kantonalen und lokalen Parlamente Entwicklungsbedarf.

Roger Liebi (SVP): Die Grünen haben Angst vor Demokratieabbau, währenddessen die SP diesen fordert. Die Angst der Grünen muss ernst genommen werden. Der Erfolg der

Schweiz basiert auf der kleinräumigen Demokratie. Wenn man die Statuten des Vereins liest, wird ein Demokratieverlust durch den Verein in Kauf genommen. Im Verein werden Abstimmungen durchgeführt, es gibt ein Zweikammersystem. Die Befürworter der Metropolitankonferenz sind bereit, das Erfolgsmodell der kleinräumigen Schweiz aufzugeben. Die Konferenz möchte sich auch in den Abstimmungskampf einmischen.

Werner Wehrli (EVP): *Solche Konferenzen sind oft eine Plattform zur Selbstverwirklichung und Beschäftigung externer Berater. Es gibt keine neuen Erkenntnisse, die uns zu einer Meinungsänderung bewegen würden.*

Christoph Spiess (SD): *Es ist fraglich, ob die Stärkung der Agglomerationen der grossen Städte sinnvoll ist. Die Agglomerationen marginalisieren die ländlichen Gebiete. Wir haben klare verfassungsmässige Strukturen, die durchaus in der Lage sind, die bestehenden Probleme zu lösen. Unsere ordentlichen Staatsstrukturen werden ausgehebelt. Die Wirtschaft muss nicht mehr weiter wachsen, wir haben Fachkräftemangel. In der Konferenz soll überlegt werden, welche weiteren Gebiete zubetoniert werden sollen.*

Niklaus Scherr (AL): *Es gibt offensichtliche strukturelle Defizite in der Entwicklung des Grossraums Zürich. Es gibt kaum demokratische Lösungsansätze für die Entwicklung des Grossraums. Der Verein besitzt ein demokratisches Grunddefizit. Man sollte ein Kernthema bestimmen, auf das man sich konzentriert und zu dem ein demokratisch legitimer Meinungsbildungsprozess organisiert wird. Vieles bleibt technokratisch und schwammig. An den Rändern der Metropolitankonferenz wird Steuerdumping betrieben.*

Namens des Stadtrats nimmt die Stadtpräsidentin Stellung.

STP Corine Mauch: *Wir leben in einem funktionalen Lebens- und Wirtschaftsraum, in dem wir über die traditionellen Grenzen hinaus denken und handeln müssen. Dies ist im Interesse des Gesamttraumes. Es ist typisch für die Schweiz, dass sich unterschiedliche Vertreter zusammensetzen und gemeinsam Lösungen suchen. Die Autonomie der Mitglieder soll nicht angetastet werden. Es kommt zu keinem Demokratieabbau. Zürich ist die Kernstadt des Metropolitanraums. Auch für unsere Partnerinnen und Partner ist die Teilnahme der Stadt wichtig. Die Konferenz gibt uns die Möglichkeit, auf Augenhöhe mit Kantonen, Städten und Gemeinden an einem Tisch zu sitzen und gemeinsam nach Lösungen zu suchen. Wir können nicht alle interessanten Themen gleichzeitig abhandeln, wenn wir unsere schlanken Strukturen beibehalten werden. Die Metropolitankonferenz ist für die Stadt eine Chance.*

Schlussabstimmung über die Dispositivziffer 1

Die Mehrheit der SK PRD/SSD beantragt Zustimmung zur Dispositivziffer 1.

Die Minderheit der SK PRD/SSD beantragt Ablehnung der Dispositivziffer 1.

Mehrheit:	Dr. Jean-Daniel Strub (SP), Referent; Präsident Mark Richli (SP), Ruth Ackermann (CVP), Marianne Dubs Früh (SP), Isabel Garcia (GLP), Christian Huser (FDP), Elisabeth Makwana-Boss (SP), Claudia Simon (FDP)
Minderheit:	Ruth Anhorn (SVP), Referentin; Margrit Haller (SVP), Dr. Thomas Monn (SVP)
Enthaltung:	Vizepräsidentin Christina Hug (Grüne), Karin Meier-Bohrer (Grüne) i. V. von Fabienne Vocat (Grüne)

Der Rat stimmt dem Antrag der Mehrheit mit 74 gegen 42 Stimmen zu.

Schlussabstimmung über die Dispositivziffer 2

Die Mehrheit der SK PRD/SSD beantragt Zustimmung zur Dispositivziffer 2.

Die Minderheit der SK PRD/SSD beantragt Ablehnung der Dispositivziffer 2.

Mehrheit: Dr. Jean-Daniel Strub (SP), Referent; Präsident Mark Richli (SP), Ruth Ackermann (CVP), Marianne Dubs Früh (SP), Isabel Garcia (GLP), Christian Huser (FDP), Elisabeth Makwana-Boss (SP), Claudia Simon (FDP)
Minderheit: Ruth Anhorn (SVP), Referentin; Margrit Haller (SVP), Dr. Thomas Monn (SVP)
Enthaltung: Vizepräsidentin Christina Hug (Grüne), Karin Meier-Bohrer (Grüne) i. V. von Fabienne Vocat (Grüne)

Der Rat stimmt dem Antrag der Mehrheit mit 73 gegen 42 Stimmen zu.

Schlussabstimmung über die Dispositivziffer 3

Die Mehrheit der SK PRD/SSD beantragt Zustimmung zur Dispositivziffer 3.

Die Minderheit der SK PRD/SSD beantragt Ablehnung der Dispositivziffer 3.

Mehrheit: Dr. Jean-Daniel Strub (SP), Referent; Präsident Mark Richli (SP), Ruth Ackermann (CVP), Marianne Dubs Früh (SP), Isabel Garcia (GLP), Christian Huser (FDP), Elisabeth Makwana-Boss (SP), Claudia Simon (FDP)
Minderheit: Ruth Anhorn (SVP), Referentin; Margrit Haller (SVP), Dr. Thomas Monn (SVP)
Enthaltung: Vizepräsidentin Christina Hug (Grüne), Karin Meier-Bohrer (Grüne) i. V. von Fabienne Vocat (Grüne)

Abstimmung gemäss Art. 43^{bis} lit. b Gemeindeordnung (Ausgabenbremse):

Der Rat stimmt dem Antrag der Mehrheit mit 73 gegen 42 Stimmen zu. Somit ist das Quorum von 63 Stimmen für die Ausgabenbremse erreicht.

Damit ist in Übereinstimmung mit dem Stadtrat beschlossen:

1. Für den jährlichen Mitgliederbeitrag für die Jahre 2013–2018 an den Verein Metropolitanraum Zürich wird ein Kredit von jährlich maximal Fr. 50 000.– bewilligt.
2. Als Beitrag an das Aktionsprogramm des Vereins für einzelne Projekte wird ein Kredit von jährlich maximal Fr. 50 000.– bewilligt.
3. Unter Ausschluss des Referendums:
Das Budget 2013 wird wie folgt ergänzt:
 - a. Für den Mitgliederbeitrag 2013 wird der Budgetkredit auf Konto (1505) 3197 000, Mitgliederbeiträge, von Fr. 75 000.– um Fr. 40 000.– auf Fr. 115 000.– erhöht.
 - b. Für den Projektbeitrag 2013 der Dienstabteilung Stadtentwicklung wird der Budgetkredit auf Konto (1505) 3180 000, Entschädigungen für Dienstleistungen Dritter, von Fr. 1 604 000.– um Fr. 20 000.– auf Fr. 1 624 000.– erhöht.

Mitteilung an den Stadtrat und amtliche Publikation am 4. September 2013 gemäss Art. 12 der Gemeindeordnung (Ablauf der Referendumsfrist: 3. Oktober 2013)

4198. 2013/145

Weisung vom 17.04.2013:

Verein Fanarbeit Zürich, Beitrag 1. Juli 2013 bis 31. Dezember 2016

Antrag des Stadtrats

1. Dem Verein Fanarbeit Zürich wird ab 1. Juli bis 31. Dezember 2013 ein Beitrag von Fr. 50 000.– und von 2014 bis 2016 jährlich ein Beitrag von Fr. 100 000.– bewilligt.

Unter Ausschluss des Referendums:

2. Das Budget 2013 wird wie folgt ergänzt:
Für den Beitrag ab 1. Juli bis 31. Dezember 2013 wird der Budgetkredit auf Konto (5500) 3650 0950, Beitrag an Verein Fanarbeit Zürich, von Fr. 80 000.– um Fr. 10 000.– auf Fr. 90 000.– erhöht.

Referent zur Vorstellung der Weisung / Kommissionsmehrheit:

Pascal Lamprecht (SP): Der Verein Fanarbeit Zürich führte letztes Jahr eine Pilotphase durch. Es geht grösstenteils um klassische Sozialarbeit. Die Sozialarbeiter der beiden Clubs haben keine polizeilichen Interventionsmöglichkeiten, sondern arbeiten präventiv. Sie übernehmen einerseits Brückenfunktionen zwischen den Fans und den Clubs, der Polizei und anderen Vertretern. Dadurch können heikle Situationen entschärft werden. Andererseits suchen sie immer wieder das Gespräch mit den latent gewaltbereiten oder suchtgefährdeten Matchbesuchern. Es gibt Verbesserungspotential, beispielsweise ist die Akzeptanz bei den Fans fraglich. Ob mittelfristig eine Ausweitung auf andere Sportarten oder Clubs stattfinden soll, ist noch offen. Die Vereinsstruktur kann jedoch zeitnah und adäquat auf Herausforderungen reagieren. Durch das Engagement des Vereins kann die Stadt Reinigungskosten von mehreren zehntausend Franken pro Jahr einsparen.

Kommissionsminderheit:

Dr. Guido Bergmaier (SVP): Zuständig für die Fanarbeit sind die Verbände. Diese vergeben Vereinen, die keine Fanarbeit durchführen, keine Lizenzen. Fanarbeit ist somit keine Kernaufgabe der Stadt, sondern der entsprechenden Clubs. Eine Beitragserhöhung durch die Stadt erscheint uns nicht angebracht. Die Fanprojekte waren von mehreren Personalwechseln geprägt, teils konnten keine Nachfolger gefunden werden. Der SVP scheint der Verein Fanarbeit zu einem neuen Projekt des Sozialdepartements anzuwachsen. Für unsere Fraktion bleibt offen, ob bestimmte Projekte nicht Aufgabe der Clubs und anderer Anbieter wären.

Weitere Wortmeldungen:

Sylvie Fee Matter (SP): Die Erfolge der letzten fünf Jahre sind überzeugend. Die Zusammenarbeit zwischen Fans, Clubs, Polizei und anderen Institutionen funktioniert gut und wirkt deeskalierend. Nur noch die Derbys und die Spiele gegen den FCB gelten als Hochrisikospiele. Auch dies ist ein Verdienst der Fanarbeit. Für Sozialarbeit braucht es Kontinuität und Vertrauen. Ich bin mir sicher, dass die Fanarbeit weiterhin erfolgreich sein wird.

Karin Weyermann (CVP): Die Fanarbeiter sind im Extrazug anwesend und helfen bei Problemen. Die Situation in den Extrazügen hat sich beruhigt. Sie leisten während, vor und nach den Spielen einen wichtigen Beitrag.

Martin Bürki (FDP): Die Fanarbeit schafft einen Mehrwert und trägt dazu bei, Kosten zu sparen.

Gerhard Bosshard (EVP): Wir sind überzeugt, dass die Fanarbeit dort geleistet wird, wo sie etwas bringt. Wir hoffen, dass die Fanarbeit Gewaltbereitschaft minimiert. Die Fussballclubs beteiligen sich an den Kosten.

Urs Fehr (SVP): Es kam zu keiner Verbesserung der Situation. Eine Verbesserung würde entstehen, wenn die Clubs direkt in die Verantwortung genommen würden. Fanarbeit ist Sache der Clubs.

Namens des Stadtrats nimmt der Vorsteher des Sozialdepartements Stellung.

STR Martin Waser: Die Stärke der Fanarbeit ist der Einbezug aller Beteiligten. Es wird immer wieder Zwischenfälle geben, ohne Fanarbeit würde es viel öfter aus dem Ruder laufen. Wir müssen die Fans ernst nehmen, nur dann können wir auch erwarten, dass sie sich anständig benehmen.

Weitere Wortmeldung:

Urs Fehr (SVP): Ich verbitte es mir, mit den Chaoten auf eine Stufe gestellt zu werden.

Schlussabstimmung über die Dispositivziffer 1

Die Mehrheit der SK SD beantragt Zustimmung zur Dispositivziffer 1.

Die Minderheit der SK SD beantragt Ablehnung der Dispositivziffer 1.

Mehrheit:	Pascal Lamprecht (SP), Referent; Vizepräsident Hans Urs von Matt (SP), Martin Bürki (FDP), Guido Hüni (GLP), Andrea Leitner Verhoeven (AL), Sylvie Fee Matter (SP), Marcel Savarioud (SP), Thomas Wyss (Grüne)
Minderheit:	Präsident Dr. Guido Bergmaier (SVP), Referent; Hedy Schlatter (SVP)
Abwesend:	Sven Oliver Dogwiler (SVP), Ursula Uttinger (FDP), Karin Weyermann (CVP)

Der Rat stimmt dem Antrag der Mehrheit mit 91 gegen 25 Stimmen zu.

Schlussabstimmung über die Dispositivziffer 2

Die Mehrheit der SK SD beantragt Zustimmung zur Dispositivziffer 2.

Die Minderheit der SK SD beantragt Ablehnung der Dispositivziffer 2.

Mehrheit:	Pascal Lamprecht (SP), Referent; Vizepräsident Hans Urs von Matt (SP), Martin Bürki (FDP), Guido Hüni (GLP), Andrea Leitner Verhoeven (AL), Sylvie Fee Matter (SP), Marcel Savarioud (SP), Thomas Wyss (Grüne)
Minderheit:	Präsident Dr. Guido Bergmaier (SVP), Referent; Hedy Schlatter (SVP)
Abwesend:	Sven Oliver Dogwiler (SVP), Ursula Uttinger (FDP), Karin Weyermann (CVP)

Abstimmung gemäss Art. 43^{bis} lit. b Gemeindeordnung (Ausgabenbremse):

Der Rat stimmt dem Antrag der Mehrheit mit 93 gegen 25 Stimmen zu. Somit ist das Quorum von 63 Stimmen für die Ausgabenbremse erreicht.

Damit ist in Übereinstimmung mit dem Stadtrat beschlossen:

1. Dem Verein Fanarbeit Zürich wird ab 1. Juli bis 31. Dezember 2013 ein Beitrag von Fr. 50 000.– und von 2014 bis 2016 jährlich ein Beitrag von Fr. 100 000.– bewilligt.

Unter Ausschluss des Referendums:

2. Das Budget 2013 wird wie folgt ergänzt:
Für den Beitrag ab 1. Juli bis 31. Dezember 2013 wird der Budgetkredit auf Konto (5500) 3650 0950, Beitrag an Verein Fanarbeit Zürich, von Fr. 80 000.– um Fr. 10 000.– auf Fr. 90 000.– erhöht.

Mitteilung an den Stadtrat und amtliche Publikation am 4. September 2013 gemäss Art. 12 der Gemeindeordnung (Ablauf der Referendumsfrist: 3. Oktober 2013)

4199. 2013/146

Weisung vom 17.04.2013:

Stiftung Berufslehrverbund Zürich BVZ, Beiträge 1. August 2013 bis 31. Dezember 2014

Antrag des Stadtrats

1. Der Stiftung Berufslehrverbund Zürich BVZ wird für das Schuljahr 2013/2014 (1. August 2013–31. Juli 2014) ein leistungsabhängiger Beitrag von maximal Fr. 970 000.– gewährt. Für die ersten fünf Monate des Schuljahrs 2014/2015 (1. August 2014–31. Dezember 2014) wird ein leistungsabhängiger Maximalbeitrag von Fr. 404 200.– gewährt.
2. Die bestehende Rechtsgrundlage (GRB 1822 vom 5. Oktober 2011) über den Unterstützungsbeitrag von maximal Fr. 500 000.– jährlich zugunsten der Stiftung Berufslehrverbund Zürich BVZ wird per 31. Juli 2013 vorzeitig aufgehoben.

Referentin zur Vorstellung der Weisung / Kommissionsmehrheit:

Ursula Uttinger (FDP): *Der Berufslehrverbund motiviert kleine Unternehmen, im Verbund mit anderen Betrieben Lehrplätze anzubieten. Der BVZ ist die Support- und Koordinationsstelle und nimmt die Lernenden unter Vertrag. Er vermittelt Lehrstellen für Jugendliche mit Unterstützungsbedarf. Wir haben einen ersten Schritt zur Entflechtung des BVZ mit dem Laufbahnzentrum gemacht, indem wir einen Beitrag für drei Jahre sprachen. Nun wollen wir eine vollständige Entflechtung der beiden Institutionen vollziehen. Die bestehende Grundlage soll vorzeitig aufgehoben und in die neue Grundlage überführt werden. Der jährliche Beitrag soll somit neu maximal 970 000 Franken jährlich betragen. Dieser Betrag soll bis Ende 2014 gesprochen werden.*

Kommissionsminderheit:

Dr. Guido Bergmaier (SVP): *Betriebe, die Lehrstellen zur Verfügung stellen, sollen dies auch weiterhin tun. Falls es dahingehend eine Zusammenarbeit von unterschiedlichen Betrieben braucht, sind die Gewerbe- und Branchenverbände zuständig. Privilegien mittels Staatsförderung bringen immer auch Diskriminierungen mit sich. Der Staat kann mithelfen, indem er diverse Auflagen und unbegreifliche Vorschriften bei der Lehrlingsausbildung reduziert. Es ist nach wie vor schwierig, Lehrstellen zu besetzen. Hunderte Lehrstellen sind in Zürich verfügbar. 80 % der Jugendlichen im BVZ haben Migrations-*

hintergrund, die Steuerzahler sollen nicht Jugendliche aufkommen, die ihre Schulbildung verschlafen haben. Die Jugendlichen müssen die Folgen für ihr Handeln irgendwann selber tragen können. Eine Ablösung vom Laufbahnzentrum klingt verlockend, wird aber zu einem Anstieg der Kosten führen. Es ist untragbar, dass die Lehrlinge bei einer Stiftung und nicht bei den Betrieben angestellt sein sollen.

Schlussabstimmung über die Dispositivziffern 1–2

Die Mehrheit der SK SD beantragt Zustimmung zu den Dispositivziffern 1–2.

Die Minderheit der SK SD beantragt Ablehnung der Dispositivziffern 1–2.

Mehrheit:	Pascal Lamprecht (SP), Referent; Vizepräsident Hans Urs von Matt (SP), Martin Bürki (FDP), Guido Hüni (GLP), Andrea Leitner Verhoeven (AL), Sylvie Fee Matter (SP), Marcel Savarioud (SP), Thomas Wyss (Grüne)
Minderheit:	Präsident Dr. Guido Bergmaier (SVP), Referent; Sven Oliver Dogwiler (SVP), Hedy Schlatter (SVP)
Abwesend:	Ursula Uttinger (FDP), Karin Weyermann (CVP)

Der Rat stimmt dem Antrag der Mehrheit mit 94 gegen 23 Stimmen zu.

Damit ist in Übereinstimmung mit dem Stadtrat beschlossen:

1. Der Stiftung Berufslehrverbund Zürich BVZ wird für das Schuljahr 2013/2014 (1. August 2013–31. Juli 2014) ein leistungsabhängiger Beitrag von maximal Fr. 970 000.– gewährt. Für die ersten fünf Monate des Schuljahrs 2014/2015 (1. August 2014–31. Dezember 2014) wird ein leistungsabhängiger Maximalbeitrag von Fr. 404 200.– gewährt.
2. Die bestehende Rechtsgrundlage (GRB 1822 vom 5. Oktober 2011) über den Unterstützungsbeitrag von maximal Fr. 500 000.– jährlich zugunsten der Stiftung Berufslehrverbund Zürich BVZ wird per 31. Juli 2013 vorzeitig aufgehoben.

Mitteilung an den Stadtrat und amtliche Publikation am 4. September 2013 gemäss Art. 12 der Gemeindeordnung (Ablauf der Referendumsfrist: 3. Oktober 2013)

4200. 2012/248

Postulat von Tamara Lauber (FDP) und Roger Tognella (FDP) vom 13.06.2012: Zugeteilte Asylsuchende der Stadt Zürich, Ausrichtung von Nothilfe statt Sozialhilfe

Gemäss schriftlicher Mitteilung lehnt der Vorsteher des Sozialdepartements namens des Stadtrats die Entgegennahme des Postulats zur Prüfung ab.

***Tamara Lauber (FDP)** begründet das Postulat (vergleiche Protokoll-Nr. 2815/2012) und zieht es zurück: Wir haben uns auf einen Bundesgerichtsentscheid abgestützt, demzufolge die Ausrichtung der Sozialhilfe in der Kompetenz der Kantone liegt. Das Stadtparlament nimmt gerne eine Vorreiterrolle ein, auch in diesem Fall wäre es aus unserer Sicht wünschenswert. Wir haben es stillschweigend als im Antrag enthalten angesehen, dass Kinder von dieser Regelung ausgenommen sein sollen. Die Reduktion von Sozialhilfe auf Nothilfe ist auch aufgrund der beabsichtigten Beschleunigung der Asylverfahren berechtigt. Es gibt keinen Grund, weshalb Asylsuchende im laufenden Verfahren anders behandelt werden sollen, als solche, die bereits einen negativen Entscheid erhalten ha-*

ben. Die Grundversorgung ist gewährleistet. Wir sind froh, dass das Anliegen unseres Postulats beim Bund gehört wurde.

Mitteilung an den Stadtrat

4201. 2013/40

**Postulat von Marcel Schönbächler (CVP) vom 06.02.2013:
Bundesverfahrenszentrum für Asylsuchende, Bericht nach Abschluss der Testphase**

Gemäss schriftlicher Mitteilung ist der Vorsteher des Sozialdepartements namens des Stadtrats bereit, das Postulat zur Prüfung entgegenezunehmen.

Gemeinsame Wortmeldungen zu den Geschäften GR Nrn. 2013/40 und 2013/41.

***Marcel Schönbächler (CVP)** begründet das Postulat (vergleiche Protokoll-Nr. 3603/2013): Das Testzentrum soll auf dem Juchhof in Altstetten stattfinden. Die Komplexität des Projekts auf dem Duttweiler-Areal war zu gross und das Risiko von Einsparungen war vorhanden. Ein Bundesverfahrenszentrum ist aus Sicht der CVP wichtig. Eventuell hätte der Standort am Duttweiler-Areal durchgeführt werden können, indem die Bevölkerung früher einbezogen worden wäre. Eine Unterstützung durch die Stadt ist weiterhin begrüssenswert. Die Verträglichkeit des Zentrums sowie die finanziellen Auswirkungen sollen überprüft werden.*

***Dr. Guido Bergmaier (SVP)** begründet den von Roland Scheck (SVP) namens der SVP-Fraktion am 6. März 2013 gestellten Ablehnungsantrag: Es ist begrüssenswert, dass mit dem Bundesasylzentrum die Asylgesuche schneller bearbeitet werden können. Die Standortwahl ist nicht durchdacht, deshalb können wir das Postulat der CVP nicht unterstützen. Der Inhalt eines solchen Berichts kann antizipiert werden. Der Stadtrat wird das Bundesasylzentrum zu einem Erfolg erklären und die Quartierverträglichkeit bestätigen. Wir sind grundsätzlich gegen den Betrieb eines Bundesasylzentrums in der Stadt.*

Weitere Wortmeldungen:

***Sylvie Fee Matter (SP):** Eine Testphase ohne anschliessende Auswertung ist nicht sinnvoll. Die Fragestellungen des Berichts scheinen uns gut gewählt zu sein.*

***Joachim Hagger (FDP):** Wir sehen nicht ein, weshalb der Stadtrat einen zusätzlichen Bericht erstellen soll. Wir sind der Ansicht, dass die bereits geplanten Berichte ausreichend sind.*

***Niklaus Scherr (AL)** stellt folgenden Textänderungsantrag: Wir möchten einen Zusatz über die Aufenthaltsqualität der Bewohnenden hinzufügen und stellen deshalb einen Textänderungsantrag.*

***Gerhard Bosshard (EVP):** Das Bundesamt für Migration wird einen Bericht erstellen. Andererseits ist es sicher sinnvoll, dass auch die städtischen Anliegen berücksichtigt werden. Deshalb gehen wir davon aus, dass keine doppelte Arbeit geleistet wird.*

***Marcel Schönbächler (CVP)** ist mit der Textänderung einverstanden: Den Textänderungsantrag der AL nehmen wir an.*

Angenommene Textänderung:

Der Stadtrat wird eingeladen, dem Gemeinderat nach Ende der Testphase des auf dem Duttweiler-Areals im Kreis 5 oder einem evtl. Alternativstandort in der Stadt Zürich gelegenen Bundesverfahrenszentrums einen umfassenden und aussagekräftigen Bericht vorzulegen, welcher insbesondere Informationen und Kennzahlen über den Erfolg bzw. Misserfolg, ~~sowie~~ die Verträglichkeit des Zentrums im Quartier (Anwohner, Gewerbetreibende etc.) und generell auf die Stadt Zürich, ~~sowie~~ die finanziellen Auswirkungen (Aufwand / Ertrag) sowie die Aufenthaltsqualität für die Bewohnenden und deren psychische und somatische Gesundheit enthält.

Das geänderte Postulat wird mit 68 gegen 52 Stimmen dem Stadtrat zur Prüfung überwiesen.

Mitteilung an den Stadtrat

4202. 2013/41

**Postulat von Marcel Schönbächler (CVP) vom 06.02.2013:
Bundesverfahrenszentrum für Asylsuchende, Beschränkung des Betriebs auf maximal zehn Jahre**

Gemäss schriftlicher Mitteilung lehnt der Vorsteher des Sozialdepartements namens des Stadtrats die Entgegennahme des Postulats zur Prüfung ab.

Wortmeldungen siehe GR Nr. 2013/40, Protokoll-Nr. 4201/2013.

Marcel Schönbächler (CVP) zieht das Postulat zurück.

Mitteilung an den Stadtrat

4203. 2013/120

**Postulat von Rebekka Wyler (SP) und Thomas Wyss (Grüne) vom 03.04.2013:
Förderung von Teilzeitlehrstellen für Jugendliche und junge Erwachsene mit Betreuungspflichten**

Gemäss schriftlicher Mitteilung ist der Vorsteher des Sozialdepartements namens des Stadtrats bereit, das Postulat zur Prüfung entgegenezunehmen.

***Rebekka Wyler (SP)** begründet das Postulat (vergleiche Protokoll-Nr. 3814/2013): Wir möchten, dass die Stadt alleine oder in Zusammenarbeit mit der Stiftung Berufslehrverbund Teilzeitlehrstellen für Jugendliche und junge Erwachsene mit Betreuungspflichten schaffen soll. Für junge Mütter ist es schwierig, eine Lehrstelle zu finden. Die Teilzeitlehrstellen sollen ein Pensum von 60 bis 80 % umfassen, die Lehre kann dadurch länger dauern, muss dies aber nicht. Wir halten dies für ein innovatives Konzept, die Stadt soll mit gutem Beispiel vorgehen und den Kontakt mit dem lokalen Gewerbe suchen. Es gibt nicht viele junge Mütter auf Lehrstellensuche, die Betroffenen brauchen derartige Angebote jedoch dringend. Die Motivation der Betroffenen ist in der Regel sehr hoch und es gibt keine rechtlichen Hürden.*

***Urs Fehr (SVP)** begründet den von Roland Scheck (SVP) namens der SVP-Fraktion am 17. April 2013 gestellten Ablehnungsantrag: Es handelt sich um eine kleine Minderheit von Frauen, die sich für ein Kind in diesem Alter entschieden haben. Sie müssen auch die Konsequenzen tragen können.*

Weitere Wortmeldungen:

Ursula Uttinger (FDP): *Es ist für uns fraglich, wie diese Teilzeitlehrstellen organisiert werden können. Wir müssen den organisatorischen Mehraufwand beachten und zweifeln an der Effizienz solcher Teilzeitlehrstellen.*

Guido Hüni (GLP): *Es ist wichtig, Menschen, die eine beschränkte Möglichkeit haben, in die Arbeitswelt zu integrieren. Die Folgekosten für nicht ausgebildete Menschen sind deutlich höher, wenn sie sich ihren Lebensunterhalt nicht selbst erwirtschaften können.*

Dr. Martin Mächler (EVP): *Möglichst viele junge Leute sollen eine gute Ausbildung absolvieren können. Wir möchten junge Leute ermutigen, die Elternschaft zu bejahen und nicht abzutreiben. Wir möchten die Leute unterstützen, die sich in dieser Situation befinden, damit sie nicht noch weiter diskriminiert werden.*

Karin Weyermann (CVP): *Wir begrüssen den Vorstoss, da er zur Integration und beruflichen Ausbildung junger Mütter beiträgt. Es handelt sich dabei um ein Nischenangebot. Im Berufsalltag ist es möglich, Teilzeit zu arbeiten, dies sollte auch in der Ausbildung möglich sein. Im Sportbereich ist dies auch realisierbar.*

Roger Liebi (SVP): *Diese Forderung wird letztendlich so umgesetzt, wie sie formuliert wurde. Vielleicht kommt es künftig zu einer wirtschaftlichen Krise und es wird am einfachsten sein, eine Lehrstelle zu erhalten, wenn man erst Kinder bekommt. Der Bevölkerung wird die Eigenverantwortung entzogen.*

Rebekka Wyler (SP): *Den Leuten soll eine Chance gegeben werden, sich selbst zu ernähren. Es ist eine organisatorische und keine finanzielle Frage. Das ist dasselbe, wie die Einrichtung eines behindertengerechten Arbeitsplatzes.*

Urs Fehr (SVP): *Eigenverantwortung bedeutet auch, Verhütungsmethoden korrekt anzuwenden. Wenn die Mädchen dazu nicht in der Lage sind, sollen sie die Konsequenzen tragen können.*

Das Postulat wird mit 81 gegen 40 Stimmen dem Stadtrat zur Prüfung überwiesen.

Mitteilung an den Stadtrat

4204. 2013/136

**Postulat von Ursula Uttinger (FDP) und Irene Bernhard (GLP) vom 10.04.2013:
Prüfung der Erwerbsnachweise für subventionierte Krippenplätze durch die
Verwaltung statt durch die Krippenleitungen**

Gemäss schriftlicher Mitteilung lehnt der Vorsteher des Sozialdepartements namens des Stadtrats die Entgegennahme des Postulats zur Prüfung ab.

Ursula Uttinger (FDP) begründet das Postulat (vergleiche Protokoll-Nr. 3836/2013): *Die Vereinbarkeit von Beruf und Familie ist für die FDP ein wichtiges Anliegen. Kinderkrippen sind heute schon sehr stark reguliert und haben einen bescheidenen Handlungsspielraum. Die Prüfung der Erwerbsnachweise sollte aus unserer Sicht Aufgabe der Verwaltung sein. Ein Systemwechsel würde eine einheitliche Behandlung aller Eltern mit sich bringen.*

Namens des Stadtrats nimmt der Vorsteher des Sozialdepartements Stellung.

STR Martin Waser: *Es geht bei den Auflagen darum, dass die Kinder in einem optimalen Umfeld betreut werden sollen. Wir werden das prüfen und den Aufwand der Stadt genau berechnen. Wir werden diese Dienstleistung den Krippen nicht kostenlos anbieten.*

Weitere Wortmeldungen:

Hedy Schlatter (SVP): *Der Erwerbsnachweis von Eltern für subventionierte Krippenplätze soll weiterhin von der Krippenleitung angefordert werden. Leider fordern die Familien immer mehr subventionierte Krippenplätze. Eltern brauchen für die Kombination von Beruf und Familie möglichst viel Freiraum, dadurch steigt auch der administrative Aufwand.*

Dr. Jean-Daniel Strub (SP): *Die SP steht in vielen Fällen dem Public-Private Partnership kritisch gegenüber, die Zusammenarbeit der Stadt mit den Krippen funktioniert jedoch gut. Es sollen nun Aufwände an die Stadt übertragen werden, die Kosten generieren. Es ist fraglich, ob es nicht unpersönlicher wird, wenn die Stadt diese Überprüfungen durchführen soll und nicht mehr auf die individuelle Situation der Eltern eingehen kann. Es ist aber eine wichtige Forderung, die administrativen Aufwände der Krippen gering zu halten.*

Irene Bernhard (GLP): *Die Verwaltung fordert, dass Eltern, die Subventionen für die Krippenplätze beanspruchen, jährlich einen Nachweis einreichen, dass sie die Anforderungen dafür erfüllen. Die Voraussetzung für Subventionen ist einerseits die Einkommensgrenze und andererseits auch die Frage, ob die Familie auf den subventionierten Krippenplatz angewiesen ist. Diese Voraussetzungen müssen von der Verwaltung überprüft werden. In diesem Zusammenhang kann auch die Arbeitsbescheinigung eingefordert werden.*

Gerhard Bosshard (EVP): *Werden administrative Hindernisse abgebaut, werden die subventionierten Plätze mit den unsubventionierten Krippenplätzen gleichgestellt. Die Auswertung der Gesuche sollte am selben Ort geschehen, an dem auch das Gesuch für einen subventionierten Platz gestellt werden muss. Dies hat auch den Vorteil, dass die Krippenleiterinnen und Krippenleiter nicht gleichzeitig die Eltern kontrollieren müssen. Es handelt sich um eine administrative Vereinfachung und erleichtert den zwischenmenschlichen Umgang der Krippenleitung mit den Eltern.*

Karin Weyermann (CVP): *Wir sind dafür, die Krippen administrativ zu entlasten. Jedoch stellt dies einen Zusatzaufwand für die Verwaltung dar. Der Aufwand für die Krippen ist jedoch relativ gering.*

Das Postulat wird mit 91 gegen 30 Stimmen dem Stadtrat zur Prüfung überwiesen.

Mitteilung an den Stadtrat

E i n g ä n g e

An den nachfolgenden Texten werden keine sprachlichen Korrekturen vorgenommen.

4205. 2013/293

Postulat der SVP-, FDP-, CVP- und AL-Fraktion sowie 6 Mitunterzeichnenden vom 28.08.2013:

Verzicht auf den weiteren Einsatz des ÖRBI

Von der SVP-, FDP-, CVP- und AL-Fraktion sowie 6 Mitunterzeichnenden ist am 28. August 2013 folgendes Postulat eingereicht worden:

Der Stadtrat wird gebeten zu prüfen, wie ÖRBI, das Bedürfnis-Sammel-Ding, durch die Stadt Zürich per sofort nicht mehr eingesetzt wird, auch nicht in umbenannter Form, und dass das Ding auch nicht durch ein anderes Objekt mit demselben Zweck ersetzt wird. Aus Kostengründen ist ein Verkauf zu prüfen.

Begründung:

Obwohl im Rahmen des Budgets 2013 eine Mehrheit des Gemeinderates den entsprechenden Kredit für den Weiterbetrieb des ÖRBI gestrichen hat, wurde dieser auch 2013 wiederum gesichtet und eingesetzt, so beispielsweise vom 26. Juni bis 06. Juli 2013 auf dem Altstetterplatz.

Wie der Begründung durch die Stadtverwaltung zu entnehmen ist, führte man in der Folge der Streichung des entsprechenden Budgetpostens für 2013 durch den Gemeinderat das Projekt vom Pilot über in den Regelbetrieb, wobei dieser nun „neu im Rahmen anstehender Bauprojekte bedarfsweise eingesetzt und über den jeweiligen Baukredit finanziert“ (cf. Website der Stadt Zürich vom 12. Juli 2013 [www.stadt-zuerich.ch/oerbi]) wird.

Durch dieses „Buebetrickli“ werden die Budgethoheit und der Wille des Parlaments krass missachtet. Der Stadtrat lässt hier jegliche politische Sensibilität vermissen.

Alle Aktivitäten mit ÖRBI sind umgehend einzustellen. ÖRBI soll nach Möglichkeit verkauft oder aber beispielsweise dem Verkehrshaus der Schweiz in Luzern als ständige Leihgabe zur Verfügung gestellt werden. Sollte ÖRBI weder verkauft noch als Leihgabe an ein Museum abgegeben werden können, ist ÖRBI einzulagern.

Mitteilung an den Stadtrat

4206. 2013/294

Postulat von Simon Kälin (Grüne), Gerhard Bosshard (EVP) und 15 Mitunterzeichnenden vom 28.08.2013:

Gewölbe der Katzbastion, Gewährleistung der öffentlichen Zugänglichkeit

Von Simon Kälin (Grüne), Gerhard Bosshard (EVP) und 15 Mitunterzeichnenden ist am 28. August 2013 folgendes Postulat eingereicht worden:

Der Stadtrat wird gebeten zu prüfen, wie das Gewölbe der Katzbastion der Öffentlichkeit zugänglich gemacht werden kann. Der Zugang zu diesem Bauwerk von grosser historischer Relevanz soll gemeinsam mit dem alten Botanischen Garten der Universität Zürich und dem Völkerkundemuseum gewährleistet werden.

Begründung:

Nach Ende des Dreissigjährigen Krieges (1618 – 1648) wurde in Zürich mit dem Bau des städtischen Bollwerks begonnen – dem ersten Millionenbau der Stadt. Der Endausbau des Verteidigungswalls erfolgte in den Jahren 1673 – 1675. Das Bollwerk zur Katz ist eines der wenigen erhaltenen Bauwerke des ehemaligen Befestigungsringes um Zürich und befindet sich heute mitten im alten Botanischen Garten der Universität Zürich. Die Anlage am Schanzengraben verfügte über zwei Kasematten, unterirdische Gewölbe zu Verteidigungszwecken, sowie über einen „Kavalier“, eine stark erhöhte Geschützstellung. Die Artillerie wurde auf einem künstlichen Hügel positioniert, in den Gewölben der Bastion verteidigten Wachsoldaten die Anlage mit Gewehren. Eines der Gewölbe ist sehr gut erhalten. Die eindrücklichen, unterirdischen Räume sind über eine Treppe einfach erreichbar. Der Zugang ist jedoch mit Metalldeckeln verschlossen und gesichert.

Für historisch interessierte Stadtzürcherinnen und Stadtzürcher sowie für Touristinnen und Touristen wäre der bedeutende Zeuge der Geschichte ein spannender Ort. Wird das Gewölbe für die Öffentlichkeit zugänglich, gewinnen auch der alte Botanische Garten als grüne Oase in der Innenstadt und das Völkerkundemuseum gleichenorts an Attraktivität. Als neues archäologisches Fenster würde das Gewölbe der Katzbastion die bereits zugänglichen historischen Befunde und Sehenswürdigkeiten auf ideale Weise ergänzen (Archäologische Fenster der Stadtarchäologie siehe Internet: www.stadt-zuerich.ch/archaeologische-fenster). Die Öffnungszeiten des Gewölbes sind auf diejenigen des alten Botanischen Gartens und des Völkerkundemuseums abzustimmen.

Mitteilung an den Stadtrat

4207. 2013/295

**Postulat von Simon Kälin (Grüne), Martin Luchsinger (GLP) und 15 Mitunterzeichnenden vom 28.08.2013:
Darstellung der Kunstwerke im öffentlichen Raum auf dem Online-Stadtplan**

Von Simon Kälin (Grüne), Martin Luchsinger (GLP) und 15 Mitunterzeichnenden ist am 28. August 2013 folgendes Postulat eingereicht worden:

Der Stadtrat wird gebeten zu prüfen, wie Informationen zu Kunstwerken im öffentlichen Raum, beziehungsweise zu Kunstwerken, die vom öffentlichen Grund her einsehbar sind, mit den wichtigsten Angaben auf dem Online-Stadtplan der Stadt Zürich „ZüriPlan“ dargestellt und wie die zugrunde liegenden Daten auch Dritten zur Verfügung gestellt werden können.

Begründung:

Der „ZüriPlan“ (s. Internet: www.stadtplan.stadt-zuerich.ch) ist ein praktisches Hilfsmittel bei der Planung von Exkursionen und Spaziergängen auf Stadtgebiet. Er stellt eine Vielzahl von Informationen über den öffentlichen Raum zur Verfügung. Integraler Bestandteil des Online-Stadtplans ist etwa der Fuss- und Veloroutenplaner. Die Nutzerin oder der Nutzer kann aus einer Liste bedarfsweise thematisch geordnete Zusatzinformationen wählen. Im Themenbereich „Natur“ können zum Beispiel öffentliche Parkanlagen angezeigt werden und es stehen sogar Informationen über einzelne Stadtbäume zur Verfügung. Im Themenbereich „Kultur“ können archäologische Fenster, Bibliotheken, Kinos, Museen, Theater und weitere Informationen gewählt werden. Leider sind Angaben zu Kunstwerken im öffentlichen Raum nicht verfügbar. Bei einer wachsenden Zahl kunstinteressierter Personen erfreuen sich diese Werke eines regen Interesses. Informationen dazu würden nicht nur die Praxistauglichkeit des „ZüriPlans“ steigern, sondern wohl auch zur allgemeinen Wertschätzung und bewussteren Wahrnehmung der Stadtzürcher Kunstwerke im öffentlichen Raum beitragen. Ein entsprechendes Inventar besteht bereits und es könnte auf folgende Publikation abgestützt werden: „Die Kunst im öffentlichen Raum der Stadt Zürich“, B. Fülcher, Chronos Verlag, Zürich 2012.

Die zugrunde liegenden Daten sollen zudem auch Dritten zur Verfügung gestellt werden, etwa auf dem Open Government Data-Portal der Stadt Zürich (s. Internet: <http://data.stadt-zuerich.ch/content/portal/de/index/ogd.html>).

Mitteilung an den Stadtrat

Die drei Postulate werden auf die Tagliste der nächsten Sitzung gesetzt.

K e n n t n i s n a h m e n

Es liegen keine Kenntnisnahmen vor.

Nächste Sitzung: 4. September 2013, 17 Uhr.